

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #19/08

7. Juni 2008

Am nächsten Donnerstag erinnert die Bundesregierung an ein Ereignis, das von wegweisender Bedeutung für die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland war. Am 21. Juni 1948 wurde in den westlichen Besatzungszonen die Währungsreform durchgeführt und die D-Mark eingeführt.

Ludwig Erhard hat diesen Prozess begleitet und dabei wesentliche Forderungen aufgestellt: die Aufhebung der Preiskontrolle und die weitgehende Lockerung der gesamten Bewirtschaftung. Das war ein mutiger Schritt in einer Zeit, in der Mangel in Deutschland vorherrschte.

Die Alliierten haben nur sehr zögerlich diesem Schritt stattgegeben. Aber Ludwig Erhard war von seiner Idee überzeugt: Wohlstand entsteht dann, wenn im Wettbewerb die einzelnen Akteure des Marktes auch Freiheiten haben.

Allerdings hat Ludwig Erhard sehr viel Wert darauf gelegt, dass dies ein geordneter Wettbewerb war. Er hat über die Ordnung dieses Wettbewerbs auch Auseinandersetzungen mit der Wirtschaft nicht gescheut. So war zum Beispiel die Durchsetzung des Kartellrechts die notwendige Voraussetzung dafür, dass auch kleine und mittelständische Unternehmen, die heute noch das Rückgrat unserer Wirtschaft sind, eine dauerhafte Existenz in Deutschland hatten.

Die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft hat sich bewährt. Wir alle wissen, dass nach der Währungsreform das begann, was wir heute das Wirtschaftswunder in Deutschland genannt haben. Und es war klar: Wenn genügend erwirtschaftet wird, dann kann diese Ordnung auch eine soziale Ordnung sein, und so war es gelungen, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit durch eine Vielzahl von Maßnahmen in der gesellschaftlichen Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland zu überwinden.

Die Soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt, aber sie steht heute vor völlig neuen Herausforderungen. Nach dem Ende des Kalten Krieges, in der Zeit des Internets, ist der globale Wettbewerb sehr viel stärker geworden. In dieser Welt muss sich die soziale Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft wieder bewähren, und deshalb ist es notwendig, dass Deutschland für seine Zukunft vorsorgt. Das ist auch das, was die Politik der Bundesregierung beinhaltet.

Wir haben in der letzten Woche einen Tragfähigkeitsbericht im Kabinett behandelt, der darüber Aussagen trifft, wie wir für die Zukunft gerüstet sind. Wir müssen feststellen: Wenn wir 1967 noch etwa nur zwei Prozent Zinsen auf Schulden ausgegeben haben im Bundeshaushalt, so sind es heute schon 15 Prozent. Das darf nicht weiter so steigen, ansonsten haben wir keine Fähigkeiten für die Zukunft und können für kommende Generationen nicht mehr investieren.

Deshalb sagen wir: Wir müssen ein Ende machen mit den Schulden und müssen ab 2011 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt haben. Deshalb sagen wir: Wir brauchen Investitionen in die Zukunft – zum Beispiel drei Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung. Deshalb setzen wir auf die Qualifizierung von jungen Menschen – sowohl im Bereich der Facharbeiter als auch bei Hochschulabsolventen.

Deutschlands Zukunft liegt in der Welt der Investitionen, der Forschung und der Kreativität. Nur so können wir das Geld erwirtschaften, das wir für die soziale Absicherung der Zukunft brauchen. Denn wir wollen, dass das Rentensystem verlässlich ist, wir wollen eine gute Gesundheitsvorsorge für jeden, wir wollen Menschen im Alter Pflegeleistungen anbieten können, und wir wollen eine Absicherung im Falle der Arbeitslosigkeit.

Soziale Marktwirtschaft in einer Zeit der Globalisierung – das ist eine Aufgabe, bei der wir vor neuen Herausforderungen stehen. Dennoch glaube ich: Wenn wir es richtig machen, haben wir eine gute Chance, dass sich diese Ordnung auch in Europa und weltweit durchsetzen kann – als erfolgreiche Ordnung für die Menschen in unserem Lande und anderswo.